

Antwort auf eine Große Anfrage

- Drucksache 16/4304 -

Wortlaut der Großen Anfrage Fraktion DIE LINKE vom 30.11.2011

Neonazismus in Niedersachsen

Neonazismus ist in unserer Gesellschaft längst kein Randphänomen mehr. Ideologien der Ungleichwertigkeit, wie ein chauvinistischer Nationalismus, die Befürwortung autoritärer politischer Strukturen und Gewaltakzeptanz gegen Minderheiten und Andersdenkende, sind Einstellungsmuster, die aus der Mitte der Gesellschaft entspringen. Sie lassen sich nicht mehr bestimmten gesellschaftlichen Schichten oder einzelnen Regionen zuordnen, sondern sind weithin verbreitet. Auch in Niedersachsen gibt es zahlreiche Parteien und Organisationen, die aggressiv gegen unsere Demokratie, gegen Menschenrechte und gegen ein solidarisches Miteinander hetzen und kämpfen. Diskriminierung, Ausgrenzung und Gewalt dienen ihnen dabei als Mittel, um ihre menschenverachtende Ideologie in die Praxis umzusetzen und einen sozialen, politischen und/oder kulturellen Wandel herbeizuführen.

Neben der NPD als funktionaler Bewegungspartei agieren vor allem militante „Freie Kameradschaften“ und/oder „Freie Nationalisten“ als wesentliche Struktur des bundesdeutschen Neonazismus. Hierbei verweisen die vorliegenden Zahlen und Daten auf wachsenden Zulauf dieser Gruppierungen. Ferner ist seit Jahren eine enge Kooperation der Partei NPD mit den genannten militanten Gruppierungen festzustellen, was sich nicht zuletzt in der Neubesetzung des Landesvorstandes der NPD mit zahlreichen Mitgliedern der Kameradschaftsszene ausdrückt. Auch konnte sich vielerorts eine gefährliche Grauzone aus jugendlichen Sympathisanten und militanten Aktivisten herausbilden.

Besonders erschreckend sind die aktuellen Hintergründe einer rechtsterroristischen Vereinigung („Nationalsozialistischer Untergrund“), der Sprengstoffattentate, Mord und zahlreiche weitere Straftaten vorgeworfen werden und die auch Kontakte in das niedersächsische neonazistische Milieu besaß. Jedoch nicht allein das massive Gewaltpotenzial stellt die einzige Herausforderung für Politik und Gesellschaft dar. Ausgrenzung und Bedrohung von Minderheiten oder Andersdenkenden gehören ebenso zum neonazistischen Repertoire wie Bestrebungen nach kultureller Hegemonie, beispielsweise durch völkisch motivierte Brauchtumsveranstaltungen, Vortragsabende, ideologische Schulungen, Konzerte oder ein erlebnisorientiertes Freizeitangebot vor allem für junge Menschen.

Das seit Jahren hohe Niveau an neonazistischen Straftaten, die regelmäßigen Waffenfunde und nicht zuletzt die Mord- und Anschlagsserie einer militanten Terrorgruppierung machen deutlich, wie dringend Politik und Behörden gefordert sind, sich mit dem Thema offensiv auseinanderzusetzen. Eine umfangreiche Information der Öffentlichkeit ist hierfür unabdingbar.

Wir fragen die Landesregierung:

I. Neonazistische Parteien, rechtspopulistische Parteien, parteinahe Jugendorganisationen und andere parteinahe Organisationen in Niedersachsen

1. Welche neonazistischen Parteien, rechtspopulistischen Parteien, parteinahen Jugendorganisationen und anderen parteinahen Organisationen existieren gegenwärtig in Niedersachsen?
2. Welche neonazistischen Parteien, rechtspopulistischen Parteien, parteinahen Jugendorganisationen und anderen parteinahen Organisationen haben sich in den Jahren 2006 bis heute aufgelöst und aus welchen Gründen?
3. Welche Personen bilden den Vorstand der jeweiligen Partei bzw. parteinahen (Jugend-)Organisation?

4. Wie viele Personen - getrennt nach Geschlecht - zählen zur jeweiligen Partei bzw. parteinahan (Jugend-)Organisation?
Wie haben sich die Mitgliederzahlen seit 2006 entwickelt?
5. Welche Kenntnisse liegen der Landesregierung über die Altersstruktur in der jeweiligen Partei bzw. parteinahan (Jugend-)Organisation vor (bitte nach Geschlechtern getrennt aufzuführen)?
6. Wie finanzieren sich die jeweiligen Parteien bzw. parteinahan (Jugend-)Organisationen?
 - a) In welchem Umfang haben die jeweiligen Parteien staatliche Mittel nach § 18 des Gesetzes über die politischen Parteien (Parteiengesetz) erhalten?
 - b) Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Entwicklung der Einnahmen durch Spenden?
7. Welche Erkenntnisse über Verbindungen der Parteien bzw. von parteinahan (Jugend-)Organisationen zu Kameradschaften und anderen rechten Organisationen liegen der Landesregierung vor?
8. Welche Werbemethoden werden von den neonazistischen bzw. rechtspopulistischen Parteien bzw. parteinahan (Jugend-)Organisationen bevorzugt verwendet, und wie beurteilt die Landesregierung die Resonanz in der Bevölkerung?
9. Unterhalten die jeweiligen Parteien bzw. parteinahan (Jugend-)Organisationen eigene Internet-Präsenzen, und, wenn ja, welche sind das?
10. Welche (örtlichen) Treffpunkte der jeweiligen Parteien bzw. parteinahan (Jugend-)Organisationen sind der Landesregierung bekannt?
Welche Eigentumsverhältnisse hinsichtlich dieser örtlichen Treffpunkte liegen vor?

II. Verfassungsfeindliche Bestrebungen der NPD in Niedersachsen

11. Wie schätzt die Landesregierung die Entwicklung der NPD in Niedersachsen ein?
12. Wie beurteilt die Landesregierung die bisherigen Aktivitäten der NPD zur Umsetzung des Konzeptes „Volksfront von rechts“ mit dem Ziel einer „Konzentration aller nationalen Kräfte“?
13. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung zur Position der anderen neonazistischen Parteien gegenüber diesem Konzept?
14. Welche Bedeutung kommt den Kameradschaften in der strategischen Planung der NPD zu, insbesondere im Rahmen der von der NPD propagierten „Volksfront von rechts“?
Welche strategischen Überlegungen haben nach Kenntnissen der Landesregierung die Kameradschaften und „Freien Kräfte“ in der Zusammenarbeit mit der NPD?
15. Worin sieht die Landesregierung die Ursachen für Erfolge (Mitgliederzugewinn, Wahlerfolge etc.) bzw. Misserfolge der NPD (Stagnation/Verlust von Mitgliederzahlen etc.) in Niedersachsen?
16. Wie schätzt die Landesregierung die Entwicklung und den Einfluss der Jungen Nationaldemokraten - der Jugendorganisation der NPD - in Niedersachsen ein?
17. Welche Aktionen bzw. Aktivitäten sowie Veranstaltungen haben die jeweiligen Parteien bzw. parteinahan (Jugend-)Organisationen im Jahr 2010 bis heute wann und wo durchgeführt?
Wie setzt sich die Teilnehmerinnen-/Teilnehmer- bzw. Publikumsstruktur zusammen?

18. Wie bewertet die Landesregierung die strategischen und taktischen Entwicklungen der neo-nazistischen bzw. rechtspopulistischen Parteien und parteinahen (Jugend-)Organisationen?
Welche inhaltlichen Schwerpunkte sind zu erkennen, mit welchen Methoden sollen diese erreicht werden?
19. Welche Prioritäten und Gewichtungen setzen die neonazistischen bzw. rechtspopulistischen Parteien und parteinahen (Jugend-)Organisationen nach Erkenntnissen der Landesregierung, um den „Kampf um die Straße, die Köpfe und die Parlamente“ zu führen?

III. Kameradschaften in Niedersachsen

20. Welche neonazistischen Kameradschaften existieren gegenwärtig in Niedersachsen?
Wann und wo sind die jeweiligen Kameradschaften gegründet worden?
21. Welche Kameradschaften haben sich im Jahr 2011 aufgelöst und aus welchen Gründen?
22. Wie viele Personen - getrennt nach Geschlecht - zählen zur jeweiligen Kameradschaft?
Wie haben sich die Mitgliederzahlen im Jahr 2011 entwickelt?
23. In welchen Regionen haben diese Kameradschaften territoriale Schwerpunkte?
Wie stellt sich die Verteilung zwischen städtischen und ländlichen Gebieten dar?
24. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die politischen Einstellungen der Kameradschaften?
25. Welche Aktionen hat die jeweilige Kameradschaft 2010 bis heute wann und wo durchgeführt?
26. An welchen Wahlen haben sich seit 2006 welche Personen aus dem Spektrum der neonazistischen Kameradschaften beteiligt, und welche Ergebnisse konnten sie erzielen?
27. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung zu länderübergreifender Zusammenarbeit und bundesweiter Vernetzung von Kameradschaften?
28. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung zu Aktivitäten in Niedersachsen von Kameradschaften, die nicht in Niedersachsen ansässig sind?
29. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung zu Aktivitäten von neonazistischen Kameradschaftskadern oder Einzelpersonen in anderen Bundesländern und gegebenenfalls im Ausland?
30. Wie ist die Altersstruktur der jeweiligen Kameradschaften (bitte nach Geschlechtern getrennt auführen)?
31. Wer sind die führenden Funktionsträgerinnen/Funktionsträger der jeweiligen (heute existierenden) Kameradschaften, und welche Funktion(en) haben sie inne?
32. Verfügen die jeweiligen Kameradschaften über eigene Medien wie Publikationen, Internetseiten, Flugblätter, Aufkleber, etc.?
Wenn ja, welche sind das und mit welchem Inhalt?
33. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, rechtlich gegen Kameradschaften vorzugehen? Welche Erfolgchancen erwartet sie von Verboten?

IV. Organisationen, Vereine und Gruppierungen des rechten Spektrums in Niedersachsen

34. Welche Organisationen, Vereine und Gruppierungen des rechten Spektrums, die keine Parteien oder Kameradschaften sind, existieren gegenwärtig in Niedersachsen?
35. Welche Organisationen, Vereine und Gruppierungen des rechten Spektrums haben sich 2011 aufgelöst und aus welchen Gründen?

36. Wann und wo sind die gegenwärtig existierenden Organisationen, Vereine und Gruppierungen des rechten Spektrums gegründet worden?
37. Welche sind die führenden Funktionsträgerinnen/Funktionsträger der jeweiligen Organisationen, Vereine und Gruppierungen, und welche Funktionen haben sie?
38. Welche Kenntnisse hat die Landesregierung, ob und, wenn ja, in welchem Umfang führende oder andere Funktionsträgerinnen/Funktionsträger der unter Nummer 1 genannten Organisationen, Vereine und Gruppierungen Sitz und Stimme in demokratisch gewählten Gremien, Körperschaften bzw. anderen gesellschaftlichen Strukturen innehaben?
39. Wie viele Personen - getrennt nach Geschlecht - zählen zu den jeweiligen Organisationen, Vereinen und Gruppierungen?
Wie haben sich die Mitgliederzahlen seit 2010 entwickelt?
40. An welchen Wahlen haben sich welche Personen aus diesen Organisationen, Vereinen und Gruppierungen in den letzten sieben Jahren beteiligt, und welche Ergebnisse konnten sie erzielen?
41. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung hinsichtlich personeller Überschneidungen zwischen Kameradschaften und Parteien auf der Ebene einfacher Mitglieder sowie auf Funktionärebene?
42. Wie finanzieren sich die jeweiligen Organisationen, Vereine und Gruppierungen?
43. Welche Treffpunkte der jeweiligen Organisationen, Vereine und Gruppierungen sind der Landesregierung bekannt?
44. Welche Aktivitäten bzw. Aktionen der jeweiligen Organisationen, Vereine und Gruppierungen hat die Landesregierung in den letzten drei Jahren registriert?
45. Welche Erkenntnisse über Verbindungen der fraglichen Organisationen, Vereine und Gruppierungen zu anderen rechten Organisationen liegen vor?
46. Welche Möglichkeiten sieht die Landesregierung, rechtlich gegen Organisationen, Vereine und Gruppierungen des rechten Spektrums vorzugehen? Welche Erfolgchancen erwartet sie von Verboten?
47. Wie viele Waffenfunde gab es von 2008 bis zum Jahr 2011 bei Neonazisten (bitte nach Art der Waffen aufschlüsseln)?
48. Bei Angehörigen welcher neonazistischen Gruppierungen oder Spektren kam es zu Waffenfunden (NPD, Autonome Nationalisten, etc.)?
49. Bei wie vielen Überfällen und Gewalttaten von Neonazisten kamen Waffen zum Einsatz, und welcher Art waren diese Waffen?
50. Bleibt die Landesregierung angesichts der Umstände des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ bei ihrer Einschätzung von 2009, dass Neonazisten lediglich „eine hohe Affinität zu Waffen“ besäßen, diese allerdings nicht auch eingesetzt werden würden? Wenn ja, wie begründet sie dieses?

V. Hegemoniebestrebungen des organisierten Neonazismus in Niedersachsen

51. Welche Untersuchungen sind der Landesregierung über die Verbreitung, Vertiefung sowie den Einfluss von neonazistischem Gedankengut über neonazistische Parteien, Organisationen und Vereine hinaus in Teilen der Bevölkerung Niedersachsens bekannt?
 - a) Welche Erkenntnisse daraus hat die Landesregierung gewonnen?
 - b) Welche Tendenzen wurden sichtbar?

52. Hat die Landesregierung Kenntnis darüber, ob bestimmte Ziel- bzw. Personengruppen diesem Einfluss besonders unterliegen?
- Wenn ja, welche sind das, und welche Ursachen gibt es dafür?
53. Welche Einschätzung vertritt die Landesregierung zu der Frage, inwieweit sich in Teilen von Niedersachsen - wie möglicherweise im ländlichen Raum - Territorien entwickelt haben, in denen neonazistisch orientierte Erwachsene wie auch Jugendliche durch gegebenenfalls gezieltes gewalttätiges Vorgehen eine so weitgehende Dominanz im öffentlichen Raum ausüben, dass z. B. Migranten, Punks sowie linke oder alternative Jugendliche diese Gebiete meiden?
54. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über die Bestrebungen neonazistischer bzw. rechtspopulistischer Parteien, Organisationen oder Vereine bzw. Einzelpersonen zum Kauf von Häusern und Grundstücken?
55. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung darüber hinaus über die Bemühungen neonazistischer bzw. rechtspopulistischer Parteien, von Organisationen oder Vereinen bzw. Einzelpersonen, für Propagandazwecke eigene Unternehmen (Druckereien, Musikverlage, Buchläden, Werbeagenturen, Kleidungsvertriebe etc.) aufzubauen?
56. Welche Schulungs- und Bildungsangebote der extremen Rechten gab und gibt es in Niedersachsen?
57. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Versuche vonseiten des organisierten Neonazismus, sich gezielt über „unpolitische Arbeit“ mit Jugendlichen - wie z. B. Angebote im Bereich des Sports oder der Musik - innerhalb des Konzepts der „national befreiten Zonen“ als soziale Ordnungsmacht zu etablieren?
- Wie erfolgreich ist der organisierte Neonazismus mit diesen Versuchen?
58. Welche Erkenntnisse hat die Landesregierung über Versuche vonseiten des organisierten Neonazismus, gezielt Nachbarschaftshilfe (Betreuung von Kindern oder älteren Menschen, Jugendarbeit etc.) zu organisieren und sich so jenseits gewaltförmiger Konfrontation als hegemoniale Kraft zu etablieren?
59. Welche Informationen hat die Landesregierung über Vereinsgründungen der neonazistischen Szene, z. B. zur Denkmal- und Brauchtumpflege oder zum Kinderschutz, um sich so als unpolitische Interessenvertretung der Bevölkerung darzustellen?
60. Welche Ladengeschäfte bzw. Onlineshops werden derzeit in Niedersachsen von Neonazis betrieben, und welche finanzielle und logistische Bedeutung misst die Landesregierung dem Gewerbe zu?

Antwort der Landesregierung

Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport
- 63.116-049-A -480010-42/11 -

Hannover, den 24.04.2012

Der Neonazismus ist eine Teilmenge des Rechtsextremismus. Ihn kennzeichnet die ideologische Bezugnahme auf die nationalsozialistische Willkürherrschaft der Jahre 1933 bis 1945. Seine vorherrschenden Ideologieelemente sind Rassismus, völkischer Kollektivismus und Antisemitismus. Mit dem allgemeiner gehaltenen Begriff Rechtsextremismus werden Ideologieelemente erfasst, die in unterschiedlicher Intensität und mit unterschiedlicher Stoßrichtung der weltanschaulichen Überzeugung von einer Ungleichwertigkeit der Menschen Ausdruck verleihen. Zwar ist jeder Neonazi ein Rechtsextremist, aber nicht jeder Rechtsextremist ein Neonazi. Aus dem Kontext ergibt sich, dass sich die Große Anfrage entgegen der Überschrift offensichtlich auf den Rechtsextremismus in

seiner Gesamtheit und nicht auf den Teilbereich Neonazismus allein bezieht. Die Antworten sind entsprechend umfassend gehalten.

Der in der Politikwissenschaft zur Typologisierung von Parteien gebräuchliche Begriff „Rechtspopulismus“ ist keine von den Verfassungsschutzbehörden verwendete Kategorie. „Rechtspopulismus“ begründet noch keinen Beobachtungsauftrag. Sofern tatsächliche Anhaltspunkte für entsprechende Bestrebungen gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung vorliegen, lautet der Fachterminus „Rechtsextremismus“. Dies schließt nicht aus, dass sich rechtspopulistische zu rechtsextremistischen Organisationen entwickeln können. Rechtspopulistische Argumentationsmuster sind außerdem zur Verschleierung der eigentlichen Zielsetzungen häufig Bestandteil rechtsextremistischer Propaganda.

Für die Beantwortung wird auf die nachfolgend aufgeführten früheren schriftlichen Anfragen Bezug genommen, sofern die dort enthaltenen Informationen aktuell sind:

- LT-Drucksache 16/391: Kleine Anfrage der Abgeordneten Pia Zimmermann (LINKE) „Rechtsextreme Parteien, parteinahe Jugendorganisationen und andere parteinahe Organisationen“
- LT-Drucksache 16/394: Kleine Anfrage der Abgeordneten Pia Zimmermann (LINKE) „Rechtsextreme Kameradschaften in Niedersachsen“
- LT-Drucksache 16/2206: Kleine Anfrage der Abgeordneten Pia Zimmermann (LINKE) „Rechtsextreme Parteien, parteinahe Jugendorganisationen und andere parteinahe Organisationen“
- LT-Drucksache 16/2232: Kleine Anfrage der Abgeordneten Pia Zimmermann (LINKE) „Printmedien/Publicationen mit rechtsextremistischem Hintergrund“
- LT-Drucksache 16/2395: Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der FDP vom 15.09.2009 „Extremismus in Niedersachsen“
- LT-Drucksache 16/3461: Kleine Anfrage der Abgeordneten Pia Zimmermann (LINKE) „Printmedien/Publicationen mit rechtsextremistischem Hintergrund“
- LT-Drucksache 16/4495: Kleine Anfrage der Abgeordneten Pia Zimmermann (LINKE) „Printmedien/Publicationen mit rechtsextremistischem Hintergrund“

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1:

In Niedersachsen sind mit der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der Deutschen Volksunion (DVU) zwei rechtsextremistische Parteien aktiv. Daneben existiert die Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN) der NPD. Der Niedersächsische Verfassungsschutz beobachtet keine rechtspopulistische Partei.

Zu 2:

Dem Verfassungsschutz liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

Zu 3:

NPD:

Bundesvorsitzender: Holger Apfel, stellvertretende Vorsitzende: Udo Pastörs, Karl Richter, Frank Schwerdt; weitere Vorstandsmitglieder: Jens Pühse, Frank Franz, Andreas Storr, Patrick Wieschke, Eckart Bräuniger, Jörg Hähnel, Ronny Zasowk, Andy Knape, Arne Schimmer, Birgit Fechner, Klaus Beier, Ricarda Riefling, Matthias Faust, Wolfgang Schimmel, Wolf Lehner

Niedersachsen: Landesvorsitzender (kommissarisch): Manfred Börm; stellvertretender Vorsitzender: Matthias Behrens; Beisitzer: Marco Borrmann, Friedrich Preuß, Christian Fischer, Stefan Klingbeil (kommissarischer Landesschatzmeister), Patrick Kallweit (kommissarischer Landespressesprecher), Jessica Keding (kommissarische Landesgeschäftsführerin)

JN:

Bundsvorsitzender: Michael Schäfer, stellvertretender Vorsitzender: Andy Knappe

Niedersachsen: Landesvorsitzender: Christian Fischer, stellvertretender Vorsitzender: Kevin Boeck, weitere Vorstandsmitglieder: Fabian zur Lienen, Holger Niemann, Ulrich Plate

DVU:

Aufgrund der Fusion mit der NPD, deren Rechtmäßigkeit derzeit gerichtlich überprüft wird, verfügt die DVU derzeit über keinen Bundesvorstand.

Niedersachsen: Landesvorsitzender: Richard Igelmann, stellv. Vorsitzender: Richard Carls

Zu 4 und 5:

Die Entwicklung des rechtsextremistischen Personenpotenzials wird in den jährlichen Verfassungsschutzberichten des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport dargestellt. Neben den Mitgliederzahlen der rechtsextremistischen Parteien wird auch die Gruppe der Neonazis benannt. Hinter dieser Kategorie verbergen sich im Wesentlichen die Angehörigen neonazistischer Kameradschaften sowie Mitglieder der seit 2011 verbotenen „Hilfsorganisation für nationale Gefangene und deren Angehörige e. V.“(HNG). Bei der JN wird die Nennung der Mitgliederzahl ab der Reaktivierung des bis dahin inaktiven niedersächsischen Landesverbandes angeführt.

Für den Zeitraum der letzten 20 Jahre stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Jahr	Neonazis	NPD	JN	DVU
1992	90	620		2 400
1993	150	550		2 400
1994	95	515		2 000
1995	45	415		1 800
1996	100	365		1 800
1997	380	360		1 800
1998	430	400		1 600
1999	350	450		1 500
2000	350	450		1 300
2001	350	500		1 200
2002	350	450		1 000
2003	350	450		900
2004	365	460		800
2005	365	580		730
2006	350	630		670
2007	330	650		630
2008	355	600	10	620
2009	350	535	30	400
2010	400	500	40	360
2011	420	500	20	50

Der Frauenanteil in der NPD beträgt ca. 10 bis 15 %. In der DVU und der JN stellen Männer den weit überwiegenden Teil der Mitgliedschaft.

Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass auf der Grundlage der den Sicherheitsbehörden zur Verfügung stehenden Datenbasis, exakte Angaben über die Sozialstruktur der rechtsextremistischen Szene nicht möglich sind. Die Niedersächsische Verfassungsschutzbehörde darf Daten nur unter den restriktiven Voraussetzungen der §§ 8 und 9 NVerfSchG speichern. Insofern sind nicht zu allen Parteimitgliedern oder Mitgliedern von parteinahen Jugendorganisationen Daten vorhanden. Darüber hinaus bezieht sich die Beobachtung durch den Verfassungsschutz ausschließlich auf die Bestrebung als solche. Angaben zur Sozialstruktur von extremistischen Vereinigungen werden nicht systematisch und umfassend erhoben.

Schließlich erlaubt auch die ständige Fluktuation in den verschiedenen Bereichen des Rechtsextremismus keine sozialwissenschaftlichen Anforderungen genügenden validen Aussagen.

Zu 6:

Hierzu wird auf die Antwort in der Landtagsdrucksache 16/2395 (Frage 13) verwiesen.

Die um die Angaben für die Jahre 2009 und 2010 ergänzte Übersicht ist als **Anlage** beigelegt.

Zu 7:

Ich verweise auf die Antwort in der Landtagsdrucksache 16/2395 (Frage 12).

Zu 8 und 9:

Die NPD und ihre Jugendorganisation JN sehen in Jugendlichen und jungen Erwachsenen ein erhebliches Rekrutierungs- und Mobilisierungspotenzial, das sie insbesondere im Internet, aber auch mit herkömmlichen jugendspezifischen Publikationen wie Comics und der sogenannten Schulhof-CD gezielt umwerben.

Im für Jugendliche besonders attraktiven Medium Internet werden - in vermeintlich anonymer Umgebung - fremdenfeindliche und antisemitische Positionen verbreitet. Chat-Rooms und Diskussionsforen wie das Thiazi Forum haben für den Zusammenhalt der Szene einen immer größeren Stellenwert erlangt. Hier bietet das Internet die Möglichkeit, in nicht offenen, durch Passwort geschützten Bereichen miteinander zu kommunizieren. Auf Jugendliche üben diese interaktiven Dienste eine besondere Faszination aus. Der Einstieg in rechtsextremistische Zusammenhänge ist leicht möglich, Gleichgesinnte sind schnell gefunden.

In der breiten Bevölkerung bleiben die Werbeaktivitäten jedoch überwiegend unbeachtet bzw. stoßen auf Ablehnung.

Im Übrigen wird auf die Antwort in der Landtagsdrucksache 16/2395 (Frage 23 und 24) verwiesen.

Zu 10:

Ich verweise auf die Antworten in den Landtagsdrucksachen 16/391 und 16/2206.

Zu 11:

Die Bedeutung der NPD für die rechtsextremistische Szene Niedersachsens hat in den letzten Jahren kontinuierlich abgenommen. Abzulesen ist dies an der Entwicklung der Mitgliederzahl, die von 650 im Jahr 2007 auf mittlerweile 500 gesunken ist. Von der Zerstrittenheit des Landesverbandes zeugt der im Februar 2012 vollzogene dritte Wechsel an der Spitze des Landesverbandes innerhalb von drei Jahren. Die Personalquerelen wirken sich auf die Parteiarbeit aus. Eine Steuerung der Aktivitäten durch den Landesvorstand ist derzeit nicht erkennbar. Kontinuierliche Aktivitäten mit Außenwirkung sind nur in wenigen Unterbezirken festzustellen: Oberweser, Stade, Heide-Wendland sowie in den Kreisverbänden Goslar und Osterode. Innerhalb des Bundesverbandes der NPD spielt der niedersächsische Landesverband eine nachrangige Rolle. Programmatische oder ideologische Impulse für die innerparteiliche Debatte gehen von ihm nicht aus.

Zu 12 und 14:

Einen steuernden Einfluss auf die gesamte rechtsextremistische Szene, der mit der Propagierung einer „Volksfront von rechts“ angestrebt wird, übt die NPD in Niedersachsen nicht aus.

Das Verhalten der Neonazi-Szene gegenüber der NPD ist ambivalent. Einerseits betätigen sich einige Angehörige der Kameradschaftsszene parteipolitisch in der NPD und üben sogar Führungsfunktionen aus, andererseits steht der größte Teil der Neonazi-Szene einer parteipolitischen Vereinnahmung strikt ablehnend gegenüber. Diese aktionsorientierten Neonazis planen und führen ihre Aktionen eigenständig durch. Das Agieren der NPD lehnen sie als legalistisch und systemkonform ab.

Grundsätzlich gilt, dass die niedersächsische NPD in einem stärkeren Maß auf die Neonazi-Szene angewiesen ist als umgekehrt. Die Wahlkämpfe der letzten Jahre haben gezeigt, dass die NPD ohne die Unterstützung von Neonazis nicht mobilisierungsfähig ist. Im Wissen um ihre Stärke setzt die Neonazi-Szene bei der punktuellen Zusammenarbeit die Akzente und nicht die NPD, wie es das Konzept der „Volksfront von rechts“ eigentlich vorsieht. Vonseiten der Kameradschaften liegt dem Zusammenwirken keine Strategie zugrunde, zumal der neonazistischen Szene eine zentrale Len-

kungsinstanz fehlt. Ausschlaggebend dürften vielmehr persönliche Kontakte von NPD-Mitgliedern aufgrund aktueller oder früherer Szenezugehörigkeit sein. Gelegentlich treten finanzielle Motive hinzu. Im Landtagswahlkampf des Jahres 2008 sicherte sich die NPD die Unterstützung von Kameradschaftsangehörigen durch finanzielle Honorierung.

Zu 13:

Neben der NPD gibt es keine weitere Partei, die neonazistische Positionen vertritt. Die DVU als zweite vom Niedersächsischen Verfassungsschutz beobachtete rechtsextremistische Partei kann aufgrund ihres Parteiprogramms und ihrer Propaganda nicht als neonazistisch klassifiziert werden. Ungeachtet dessen zielte das Konzept einer „Volksfront von rechts“ auf eine Einbindung der DVU, um eine Aufsplitterung des rechtsextremistischen Wählerpotenzials zu verhindern. Diesem Zweck diente zunächst der im Januar 2005 zwischen den Parteivorsitzenden von NPD und DVU geschlossene „Deutschland-Pakt“, durch den eine Konkurrenz bei Wahlen vermieden werden sollte. Die Ende 2010 erfolgte Fusion der beiden Parteien bedeutete das Aufgehen der DVU in der NPD. Eine Stärkung der NPD resultierte hieraus nicht. Der Vorsitzende des niedersächsischen Landesverbandes der DVU widersetzte sich der Fusion und legte Rechtsmittel ein. Eine gerichtliche Entscheidung hierzu steht noch aus. Der verbliebenen Organisation gehören nur noch wenige Mitglieder an. Sie ist ohne Bedeutung für die Entwicklung des Rechtsextremismus in Niedersachsen.

Zu 15:

Der Bedeutungsverlust der NPD ist auf innere und äußere Faktoren zurückzuführen. Zu den inneren Faktoren gehören die mit einem ständigen Wechsel des Parteivorsitzes verbundenen permanenten Streitigkeiten unter den führenden Funktionären. Sie haben den Aufbau einer funktionsfähigen Organisationsstruktur und die Entwicklung einer langfristig angelegten Strategie verhindert. Dies hat unmittelbare Auswirkungen auf die Mitgliederwerbung und die Wahlteilnahme. Ohne einen effizienten Parteiparat ist es dem Landesverband nicht möglich, einen flächendeckenden Wahlkampf zu führen.

Zu den äußeren Faktoren gehört eine Entwicklung, die den Rechtsextremismus in der parteigebundenen Form nicht begünstigt. Mit dem Rechtsextremismus sympathisierende Jugendliche interessieren sich wesentlich stärker für die aktionsbezogenen Formen des Rechtsextremismus mit Erlebnischarakter als für die Gremienarbeit einer Partei. Der niedersächsische Landesverband der NPD hat bislang kein Konzept entwickelt, mit dem sie das Bedürfnis dieser Jugendlichen ansprechen könnte.

Zu 16 und 19:

Der niedersächsische Landesverband der JN ist im August 2009 nach jahrelanger Inaktivität mit der Gründung der Stützpunkte Delmenhorst, Lüneburg und Osnabrück reorganisiert worden. Seither stagniert die Entwicklung. Der Vorsitzende des ca. 35 Mitglieder zählenden Landesverbandes, ein ehemaliger Aktivist der im Jahr 2009 verbotenen Heimattreuen Deutschen Jugend, betrachtet die JN in enger Anlehnung an den historischen Nationalsozialismus als Kaderorganisation und „Elite der deutschen Volksgemeinschaft“. Die Mitglieder der JN unterstützen in ihren Stützpunktregionen die NPD und beteiligen sich an Flugblattaktionen und Demonstrationen. Eigenständige Akzente vermag der JN-Landesverband aufgrund seiner geringen personellen Stärke aber kaum zu setzen. Dem Anspruch des Bundesverbandes, flankierend zu den parlamentsorientierten Aktivitäten der NPD den vopolitischen Raum zu besetzen, wird der Landesverband weder personell noch intellektuell gerecht.

Zur Stärkung des Gemeinschaftsgefühls führt der JN-Bundesverband Zeltlager als identitätsstiftende Veranstaltungen durch. Dem gleichen Zweck dienen die gelegentlich durchgeführten Gemeinschaftsveranstaltungen des niedersächsischen Landesverbandes.

Im Übrigen siehe Antwort zu Frage 18.

Zu 17:

Am 06.02.2010 und 13.03.2010 fanden Schulungsveranstaltungen des NPD-Landesverbandes in Neuenkirchen statt. Der NPD-Unterbezirk Lüneburg (heute Heide-Wendland) hatte für den 03.04.2010 eine Demonstration in Buchholz i. d. N. angemeldet, an der ca. 50 Personen teilge-

nommen haben. Des Weiteren hat die NPD am 09.05.2010 ihren Landesparteitag in Wilhelmshaven durchgeführt. An der Veranstaltung haben ca. 50 Delegierte und rund 40 Gäste teilgenommen. Darüber hinaus führte der NPD-Landesverband am 29.08.2010 eine Schulung der kommunalen Mandatsträger in der Lüneburger Heide durch. An dieser Schulung nahmen ca. 15 Personen teil.

Am 22.05.2011 fand der Landesparteitag in Northeim statt, an dem neben ca. 50 Delegierten rund 30 Gäste teilgenommen haben. Für den 11.06.2011 hatte der Unterbezirk Göttingen dort eine Demonstration angemeldet, an der 56 Personen teilgenommen haben.

Im Vorfeld der Kommunalwahl am 11.09.2011 führte die NPD in mehreren Unterbezirken Informativ- und Flugblattverteilungen sowie gelegentlich Kundgebungen im Rahmen ihrer Wahlkampfaktivitäten durch. Räumliche Schwerpunkte waren die Unterbezirke Stade und Lüneburg sowie der Kreisverband Goslar.

In den Unterbezirken und Kreisverbänden der Partei fanden außerdem regelmäßig Mitgliederversammlungen, Stammtischtreffen und Vortragsveranstaltungen statt. Darüber hinaus wurden vereinzelt anlassbezogene Mahnwachen abgehalten und gelegentlich Grillfeste durchgeführt. Das Ausmaß der Aktivitäten hing maßgeblich von den jeweiligen Führungspersonen ab.

Mediale Aufmerksamkeit erzielte der Lüneburger Unterbezirksvorsitzende Börm, als er am 31.01.2011 über das Internet einen offenen Brief verbreitete, in dem er die Mitglieder seiner Partei aufforderte, sich als ehrenamtliche Interviewer bei der Volkszählung „Zensus 2011“ zu bewerben, um den politischen Gegner auszuforschen. Die Ankündigung erwies sich als reiner Propagandacoup. Bei den Erhebungsstellen meldete sich kein einziges niedersächsisches NPD-Mitglied.

Die JN haben am 13.01.2010 in Wildeshausen eine Mahnwache abgehalten. Am 30.01.2010 hat die Gründungsversammlung der JN Osnabrück in Diepholz stattgefunden. Im Vorfeld und während der Präsentation der Wanderausstellung „Verfassungsschutz gegen Extremismus“ des Niedersächsischen Verfassungsschutzes im Februar 2010 in Delmenhorst wurden Flugblattverteilungen sowie eine Mahnwache mit 17 Teilnehmern durchgeführt. Des Weiteren hat die JN am 26./27.03.2010 einen sogenannten Erich-Priebke-Marsch rund um den Dümmer See veranstaltet. Im Rahmen einer sogenannten Aktionswoche unter dem Motto: „Bundeswehr raus aus Afghanistan“ führten die JN in der Zeit vom 08.05. bis zum 15.05.2010 Denkmalpflegeaktionen und Flugblattverteilungen durch. Zu der Abschlussveranstaltung am 15.05.2010 in Delmenhorst reisten rund 70 Personen aus Niedersachsen, Hamburg, Bremen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen an.

Anfang November 2010 führten die JN eine Vortragsveranstaltung unter dem Motto: „Führen durch Vorbild“ in Maasen/Landkreis Diepholz durch, an der ca. 45 Rechtsextremisten aus ganz Niedersachsen teilgenommen haben.

Im Jahr 2011 haben die JN kaum eigene Veranstaltungen durchgeführt. Gleichwohl beteiligte man sich wie auch im Jahr 2010 an Demonstrationen, Aktionstagen und Trauermärschen. Des Weiteren nahmen die Mitglieder an den Stammtischen und Mitgliederversammlungen der NPD sowie an Gemeinschaftsveranstaltungen, die der Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls dienen sollten, teil.

Der DVU-Landesverband Niedersachsen war in den Jahren 2010/2011 nahezu inaktiv. Gelegentlich wurden Stammtischtreffen und Flugblattverteilungen durchgeführt. Eine Ausnahme bildet eine Kundgebung zum Thema „Soziale Gerechtigkeit“ am 31.07.2010 in Wildeshausen, an der 15 Personen teilgenommen haben.

Zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern bzw. zur Publikumsstruktur dieser Veranstaltungen liegen der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde nur dann Informationen vor, wenn die Teilnahme nach den Vorschriften der §§ 8 und 9 NVerfSchG gespeichert wurde. Da nicht bei dem gesamten Teilnehmerkreis dieser Veranstaltungen die Voraussetzungen für eine Speicherung gegeben sein werden, liegt für eine Analyse der Publikumsstruktur bei der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde keine umfassende Datenbasis vor. Darüber hinaus hat an diesen Veranstaltungen teilweise lediglich ein kleiner Personenkreis teilgenommen. Soweit dem Niedersächsischen Verfassungsschutz Erkenntnisse über die Publikumsstruktur dieser Veranstaltungen vorliegen, sind diese durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bekannt geworden. Für den Einsatz dieser Mittel sind in § 6 NVerfSchG die Voraussetzungen und besondere Verfahrensvorschriften geregelt.

Insbesondere ist nach § 6 Abs. 4 NVerfSchG in jedem Einzelfall der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu wahren.

Zu diesen im jeweiligen Einzelfall durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bekannt gewordenen Erkenntnissen können keine Auskünfte gegeben werden. Es handelt sich dabei um den Einsatz heimlicher Mittel, mit dem die Niedersächsische Verfassungsschutzbehörde nur dann Informationen erlangen kann, wenn die aus dem Einsatz dieser Mittel erhobenen Daten sowie der Mitteleinsatz an sich und die ihn begleitenden Umstände geheim bleiben und keine Einzelheiten dazu an die Öffentlichkeit gelangen. Bei einer Veröffentlichung von Einzelheiten bestünde die Gefahr, dass das konkrete Arbeitsfeld und die Arbeitsweise der Verfassungsschutzbehörde im Einzelfall offenbar werden, was die Informationsgewinnung hinsichtlich der betroffenen Beobachtungsobjekte erheblich erschweren würde. Wenn die Verfassungsschutzbehörde ihre Aufgabe, Informationen zu extremistischen Bestrebungen zu sammeln, in bestimmten Bereichen nicht mehr erfüllen kann, haben die zuständigen Stellen keine ausreichende Grundlage, um geeignete Maßnahmen gegen diese Bestrebungen zu ergreifen (vgl. § 3 Abs. 2 NVerfSchG), sodass Nachteile für das Wohl des Landes zu befürchten wären.

Aus diesem Grunde kann die Publikumsstruktur der aufgeführten Veranstaltungen, soweit sie der Niedersächsischen Verfassungsschutzbehörde bekannt ist, nur im vorstehenden Umfang dargestellt werden.

Zu 18:

Der niedersächsische Landesverband der NPD verfolgt keinen eigenständigen strategischen Ansatz. Er orientiert sich an der sogenannten Drei-Säulen-Strategie - „Kampf um die Köpfe“, „Kampf um die Straße“ und „Kampf um die Parlamente“ - des Bundesverbandes, verfügt aber nicht über die für eine adäquate Umsetzung erforderliche organisatorische Stärke und Geschlossenheit. Zu den Grundkonstanten gehören die Zusammenarbeit mit den neonazistischen Kameradschaften und der Versuch, auf kommunaler Ebene Präsenz zu zeigen, um den Landesverband über eine politische Verankerung in den Kommunen zu stärken. In ihren Propagandamaterialien vermeidet die NPD offen neonazistische Äußerungen und bemüht sich stattdessen um eine sozialpolitische Profilierung als „Kümmerer vor Ort“.

Die DVU hat in Niedersachsen zu keinem Zeitpunkt eine eigenständige Strategie und Taktik entwickelt. Bis 2009 folgte der niedersächsische Landesverband, der faktisch über keine Organisationsstrukturen verfügte, strikt den Direktiven des Parteivorsitzenden und -gründers Dr. Gerhard Frey aus München. Auch nach dessen Rücktritt im Jahr 2009 hat die DVU keine wesentlichen Aktivitäten entwickelt.

Neben der JN existiert keine weitere Jugendorganisation einer rechtsextremistischen Partei.

Im Übrigen siehe Antwort auf Frage 16.

Zu 20:

Den niedersächsischen Sicherheitsbehörden liegen derzeit Erkenntnisse über insgesamt ca. 30 neonazistische Personenzusammenschlüsse/Szenen auf örtlicher bzw. regionaler Ebene vor.

Neben klassischen Kameradschaften mit festen Organisationsstrukturen umfasst die niedersächsische Neonaziszene Aktionsgruppen, deren Angehörige sich anlassbezogen zusammenfinden sowie zahlreiche informelle Gruppen, denen teilweise kein eindeutig abgrenzbarer Personenkreis zugerechnet werden kann. Diese führen ähnlich der Aktionsgruppen häufig in Anlehnung an das Erscheinungsbild und die Vorgehensweise der Autonomen Nationalisten spontane Aktionen durch.

Hierbei handelt es sich teilweise um sehr kleine Gruppierungen, deren Aktivitäten dem Niedersächsischen Verfassungsschutz nur durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bekannt geworden sind. Eine vollständige Auflistung dieser Personenzusammenschlüsse ist deshalb aus Gründen der operativen Sicherheit nicht möglich. Insoweit wird auf die Antwort zur Frage 17 verwiesen.

Namentlich zu nennen sind die Düütsche Deerns, die Burschenschaft Thormania (Braunschweig), das Netzwerk Nationaler Sozialisten Bückeburg, die Freien Kräfte Celle, „Besseres Hannover“, die Kameradschaft Hildesheim, die Snevern Jungs (Schneverdingen), die Nationale Kameradschaft

Harz, die Neonaziszene Buchholz i.d. Nordheide, Tostedt, Ostfriesland, Hann. Münden, Duderstadt und Wilhelmshaven, die Autonomen Nationalisten Wolfenbüttel/Salzgitter, Grafschaft Bentheim, Wunstorf und die Aktionsgruppen Gifhorn und Oyten sowie die Bürgerinitiative für Zivilcourage Wolfsburg. Daneben existiert die Unterstützergruppe Crew 38 der Hammerskins Bremen.

Im Übrigen wird auf die Antwort in der Landtagsdrucksache 16/394 und die Vorbemerkungen verwiesen.

Zu 21:

Die Kameradschaft Bürgerinitiative für Zivilcourage Hildesheim hat im Jahr 2011 auf ihrer Internetseite ihre Selbstauflösung bekannt gegeben. Dasselbe gilt für die Autonomen Nationalisten Bückeburg, die jedoch unter der Bezeichnung Netzwerk Nationaler Sozialisten Bückeburg weiterhin aktiv sind. Des Weiteren ist die Freie Kameradschaft Buchholz seit Anfang 2011 nicht mehr öffentlich in Erscheinung getreten.

Im Übrigen wird auf die Antwort in der Landtagsdrucksache 16/394 verwiesen.

Zu 22:

In neonazistischen Personenzusammenschlüssen gibt es keine formalen Mitgliedschaften und angesichts der bestehenden Fluktuation sind nur grundsätzliche Angaben über die Mitgliederzahlen möglich. Sie umfassen in der Regel 5 bis 15 Personen. Einzelne Personenzusammenschlüsse, wie die Kameradschaft Hildesheim, „Besseres Hannover“ oder die neonazistische Szene Tostedt, verfügen über ein größeres Mobilisierungspotenzial. Frauen sind mit einem Anteil von ca. 10 % deutlich unterrepräsentiert und spielen auch sonst eine eher untergeordnete Rolle.

Neben den in Frage 17 genannten Gründen ist eine Darstellung der Entwicklung der Mitgliederzahlen in den einzelnen Gruppierungen auch aufgrund der in diesen Gruppen bestehenden Fluktuation nicht möglich. Grundsätzlich kann aber festgestellt werden, dass die neonazistische Szene in Niedersachsen weiterhin insgesamt ca. 420 Personen umfasst.

Zu 23:

Grundsätzlich ist ein Gefälle zwischen den östlichen und westlichen Landesteilen im Bezug auf neonazistische Aktivitäten festzustellen.

Als territoriale Schwerpunkte neonazistischer Aktivitäten sind Stadt und Region Hannover, Bückeburg, Buchholz i. d. Nordheide und Tostedt, Hildesheim, Braunschweig, Gifhorn, Raum Wolfsburg/Salzgitter, Schneverdingen und Celle zu benennen.

Die neonazistischen Gruppierungen sind aufgrund ihrer Gruppenbezeichnung zwar überwiegend dem städtischen Bereich zuzuordnen, sie rekrutieren ihre Mitglieder jedoch teilweise auch aus dem jeweiligen ländlichen Umland.

Zu 24:

In ideologischer Hinsicht eint die neonazistische Szene das Bekenntnis zum historischen Nationalsozialismus.

Ziel ist die Überwindung des bestehenden demokratischen Systems. An dessen Stelle soll ein am Führerprinzip ausgerichteter Staatsaufbau treten, dessen Grundlage eine rassistisch verstandene Volksgemeinschaft bildet.

Zur Erreichung dieses Ziels wird ein revolutionärer Ansatz verfolgt. Bestimmend für diese langfristig angelegte Strategie ist eine antiparlamentarische Ausrichtung.

Die Ablehnung der Demokratie umfasst auch das wirtschaftspolitische System. Als Gegenmodell wird ein auf völkischen Vorstellungen basierender autarker Nationalstaat propagiert.

Zu 25:

Angehörige der neonazistischen Szene besuchten im gesamten Zeitraum rechtsextremistische Demonstrationen in und außerhalb Niedersachsens. In Ausnahmefällen wie den „Tagen der Deutschen Zukunft“ 2010 in Hildesheim und 2011 in Braunschweig/Peine sowie dem jährlichen „Trau-

ermarsch“ in Bad Nenndorf waren sie auch in die Organisation eingebunden. Daneben nahmen sie an typischen Szeveranstaltungen wie Sonnenwendfeiern, „Heldengedenkveranstaltungen“, Vartagstouren, Kranzniederlegungen, Erntedankfesten, Fußballturnieren und sogenannten Zeitzeugenveranstaltungen mit ehemaligen Angehörigen der Deutschen Wehrmacht oder der Waffen-SS teil. Auch bei diesen Aktivitäten waren sie teilweise in die Vorbereitung und Durchführung involviert. In einigen Fällen kam es darüber hinaus zu versuchten und tatsächlichen Störungen von Veranstaltungen des politischen Gegners.

Einige neonazistische Gruppierungen erstellen zur Verbreitung ihres Gedankengutes Publikationen und unterhalten eigene Internetpräsenzen. Besonders aktive Gruppierungen wie „Besseres Hannover“ sind darüber hinaus durch öffentlichkeitswirksame Propagandaaktionen aufgefallen.

Bei den neonazistischen Gruppierungen handelt es sich teilweise um sehr kleine Personenzusammenschlüsse, deren Aktivitäten dem Niedersächsischen Verfassungsschutz nur durch den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel bekannt geworden sind. Eine vollständige Auflistung der Aktivitäten ist deshalb aus Gründen der operativen Sicherheit nicht möglich. Insoweit wird auf die Antwort zur Frage 17 verwiesen.

Zu 26:

Bei der Bundestagswahl 2009 waren 5 der 29 Direktkandidaten der NPD auch den Kameradschaften zuzurechnen. Sie erhielten zwischen 1,0 und 1,8 % der Erst- sowie zwischen 0,9 und 1,5 % der Zweitstimmen.

Bei der Kommunalwahl 2011 waren 10 der insgesamt 68 NPD-Kandidaten den Kameradschaften zuzurechnen. Sie erreichten zwischen 41 und 590 Stimmen.

Im Übrigen wird auf die Antwort in der Landtagsdrucksache 16/394 verwiesen.

Zu 27:

Ich verweise auf die Antwort in der Landtagsdrucksache 16/2395 (Frage 12).

Zu 28:

Rechtsextremisten aus anderen Bundesländern haben an den sogenannten Tagen der Deutschen Zukunft 2010 in Hildesheim und 2011 in Braunschweig/Peine sowie an den jährlichen „Trauermärschen“ in Bad Nenndorf teilgenommen. Darüber hinaus bestehen persönliche Kontakte zu niedersächsischen Neonazis, die gelegentlich zur gegenseitigen Unterstützung bei Aktionen, insbesondere gegen den politischen Gegner, geführt haben.

Zu 29:

Niedersächsische Neonazis nehmen regelmäßig an Szeveranstaltungen wie Demonstrationen und sogenannten Skinheadkonzerten überwiegend in den angrenzenden Bundesländern teil. In Ausnahmefällen besuchen sie auch Veranstaltungen im benachbarten Ausland.

Zu 30:

Hierzu wird auf die Antwort in der Landtagsdrucksache 16/2395 (Frage 4) verwiesen.

Zu 31:

Im Gegensatz zu den rechtsextremistischen Parteien gibt es in neonazistischen Gruppierungen selten hervorgehobene Funktionen. Dies gilt insbesondere für die informellen Gruppen sowie die Autonomen Nationalisten.

Die nachfolgenden Personen sind als Protagonisten der Neonaziszene auch in der Öffentlichkeit bekannt:

- Dieter Riefling (Kameradschaft Hildesheim),
- Matthias Behrens (Snevern Jungs, Schneverdingen),
- Dennis Bührig (Freie Kräfte Celle),
- Stefan Silar (Neonaziszene Tostedt),
- Marc-Oliver Matuszewski („Besseres Hannover“).

Eine vollständige Auflistung aller dem Niedersächsischen Verfassungsschutz bekannten Protagonisten der Neonaziszene - gerade auch in Kameradschaften - ist zunächst aus Gründen der operativen Sicherheit nicht möglich (siehe Antwort zu Frage 20).

Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass auch schutzwürdige Belange Dritter im Sinne des Artikel 24 Abs. 3 Niedersächsische Verfassung einer Veröffentlichung der Erkenntnisse der Sicherheitsbehörden zu den Funktionsträgern der Gruppierungen gegenüberstehen. Es handelt sich um personenbezogene Daten Dritter aus dem privaten Bereich, deren Veröffentlichung einen erheblichen Eingriff in das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung der Betroffenen darstellen würde. Ein solcher Eingriff ist hier auch in Anbetracht der Bedeutung des parlamentarischen Fragerechts, sofern die Personen nicht bereits in der Öffentlichkeit gestanden haben, nicht gerechtfertigt. Ein überwiegendes Allgemeininteresse an einer Veröffentlichung der Angaben ist nicht gegeben.

Zu 32:

Hierzu wird auf die Antworten in den Landtagsdrucksachen 16/394 (Frage 6), 16/2395 (Frage 24), 16/3461 und 16/4495 verwiesen.

Darüber hinaus ist den Sicherheitsbehörden die Internetpräsenz der Burschenschaft Thormania bekannt. Außerdem liegt ein Flugblatt der Nationalen Kameradschaft Harz (NKH) mit dem Titel „NKH sammelt Müll in Astfeld und ist entsetzt“ vor.

Zu 33:

Neben der Möglichkeit gegen einzelne Angehörige von Kameradschaften nach Straftaten mit strafprozessualen Maßnahmen vorzugehen kann auch ein Verbot nach dem Vereinsgesetz ein geeignetes und wirksames Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sein. Das setzt voraus, dass Kameradschaften als Vereine im Sinne des § 2 Vereinsgesetz anzusehen sind. Dies ist im Hinblick auf die bewusst als „nicht organisierte“ Einheiten mit informellen Strukturen angelegten Zusammenschlüsse nicht ohne weiteres möglich. Nachzuweisen ist insoweit, dass eine Gruppierung sich freiwillig für längere Zeit zu einem gemeinsamen Zweck zusammengeschlossen und einer organisatorischen Willensbildung unterworfen hat. Es bedarf darüber hinaus einer belegbaren Feststellung, dass der Zweck oder die Tätigkeiten des Vereins den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder der Verein sich in aggressiv-kämpferischer Weise gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet.

Wenn ein Verbot ausgesprochen wird, ist der betreffende Verein damit aufgelöst. Hinzu kommt, dass die Vermögenswerte des Vereins eingezogen werden. Auch die Strukturen des Vereins werden mit einem Verbot, zumindest vorerst, zerschlagen. Die Vereinstätigkeit darf nicht - auch nicht von Dritten - fortgeführt werden. Ferner dürfen keine Ersatzorganisationen gebildet werden.

Nicht auszuschließen ist, dass sich ehemalige Angehörige von verbotenen Kameradschaften in anderen Zusammenschlüssen im Sinne der Ziele der verbotenen Organisation betätigen.

Zu 34:

Es wird auf die Antwort zu Frage 20, in der die neonazistischen Zusammenschlüsse aufgeführt sind, verwiesen. Die Auflistung umfasst neben den Kameradschaften auch Aktionsgruppen und sonstige neonazistische Personenzusammenschlüsse.

Daneben existiert mit der Europäischen Aktion ein internationales Personengeflecht von Holocaustleugnern, deren Landesleiter für die Bundesrepublik Deutschland ein bekannter Rechtsextremist aus Verden ist, sowie die Gruppierung „Freistaat Preußen“.

Weiter zu nennen sind die Exilregierung Deutsches Reich, die Gesellschaft für Freie Publizistik (GfP), der Verein Gedächtnisstätte e. V. mit Sitz in Seevetal, die Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung (Artgemeinschaft) sowie das Freundschafts- und Hilfswerk Ost e. V. (FHWO).

Die „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG) wurde am 21.09.2011 durch den Bundesminister des Innern verboten.

Zu 35:

Dem Verfassungsschutz liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

Zu 36 und 37:

Die Gesellschaft für freie Publizistik e. V. (GfP) wurde 1960 anlässlich der Frankfurter Buchmesse gegründet. Seit 2010 fungiert der Chefredakteur der österreichischen rechtspopulistischen Monatszeitung „Die Aula“ als Vorsitzender. Niedersächsische Rechtsextremisten sind nicht im Vorstand der GfP vertreten.

Die Exilregierung Deutsches Reich wurde am 08.05.2004 in Hannover gegründet. Führende Person bei der Exilregierung ist ein Rechtsextremist aus Diekholzen, der als „Reichskanzler“ auftritt.

Das Freundschafts- und Hilfswerk Ost e. V. (FHWO) wurde 1991 gegründet. Der Vorsitzende des FHWO ist ein Rechtsextremist aus Bad Bevensen.

Die Europäische Aktion wurde 2010 zunächst unter der Bezeichnung „Bund Freies Europa“ in der Schweiz gegründet. Leiter der Europäischen Tagsatzung, der obersten Instanz der Europäischen Aktion, ist ein bekannter Revisionist aus der Schweiz. Als Landesleiter für die Bundesrepublik Deutschland fungiert Dr. Rigolf Hennig aus Verden und als Schatzmeister ein Rechtsextremist aus Springe.

Die Gruppierung „Freistaat Preußen“ wurde 1995 nach einer Abspaltung von der Organisation „Vereinigte Länder des Deutschen Ostens“ gegründet. Sie wird von Dr. Rigolf Hennig aus Verden geführt, der als „Reichskanzler“ auftritt.

Im Übrigen siehe Antwort zu Frage 31.

Zu 38:

Von der NPD sind die nachfolgend genannten Funktionsträger bzw. ehemaligen Funktionsträger in Gemeinde-, Stadt oder Kreisparlamenten vertreten:

Adolf Dammann	Kreistag Stade
Friedrich Preuß	Stadt Helmstedt, Ortsrat Emmerstedt
Matthias Behrens	Kreistag Heidekreis
Stefan Klingbeil	Stadt Munster
Patrick Kallweit	Kreistag Goslar, Stadt Vienenburg
Marco Borrmann	Stadt Herzberg
Rigolf Hennig	Stadt Verden, Kreistag Verden
Ulrich Eigenfeld	Stadt Oldenburg

Der ehemalige Landesvorsitzende der NPD, Christian Berisha, übt ein Mandat für die Unabhängige Wählerliste Lüneburg (UWL) im Kreistag Lüneburg aus.

Zu 39:

Die GfP hat seit Jahren bundesweit konstant ca. 500 Mitglieder. Die Anzahl der niedersächsischen Mitglieder ist ebenso unbekannt wie der Anteil der weiblichen Mitglieder.

Die Exilregierung Deutsches Reich wird von ca. 30 sogenannten Amtsträgern geführt. Die Zahl der „Amtsträger“ ist nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes relativ konstant. Sie ist eindeutig männlich dominiert.

Das Freundschafts- und Hilfswerk Ost e. V. hat bundesweit ca. 80 Mitglieder, die größtenteils aus Niedersachsen stammen. Eine Aufschlüsselung der Mitglieder nach ihrem Geschlecht ist nicht möglich, da der Verfassungsschutzbehörde nicht jedes einzelne Mitglied bekannt ist.

Die Gruppierung „Freistaat Preußen“ hat konstant ca. zehn männliche Mitglieder.

Zu 40:

Dem Verfassungsschutz liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Dr. Rigolf Hennig ist jedoch bereits seit 2006 Mandatsträger der NPD im Stadtrat und Kreistag in Verden.

Zu 41:

Der Verfassungsschutz hat Erkenntnisse hinsichtlich personeller Überschneidungen zwischen Kameradschaften und der NPD (siehe Antwort zu Frage 26). Diese sind regional unterschiedlich stark ausgeprägt und betreffen sowohl die Funktionärs-, als auch die Mitgliederebene. Zwischen der DVU und der Kameradschaftsszene sind keine personellen Überschneidungen bekannt.

Zu 42:

Hierzu wird auf die Antwort in der Landtagsdrucksache 16/2395 (Frage 13) verwiesen.

Die Europäische Aktion erhebt keine Mitgliedsbeiträge, die Aktivitäten werden jedoch von den Mitgliedern finanziert.

Darüber hinaus liegen dem Verfassungsschutz keine Erkenntnisse vor.

Zu 43 und 44:

Der GfP-Arbeitskreis für Südniedersachsen, Nordhessen und Westfalen führt kleinere Vortragsveranstaltungen mit revisionistischem Charakter in Gaststätten im Bereich Südniedersachsen/Nordhessen durch. Auf Bundesebene führt die GfP jährlich einen Jahreskongress mit Mitgliederversammlung durch. Ein besonderes Augenmerk legt sie auf die Jugendarbeit und -förderung. Die GfP betreibt eine intensive Internetarbeit und führt Tagungen für Verleger sowie Juristentreffen durch. Daneben gibt sie als Publikationen die Kongressbroschüre „GfP-Report“ sowie das vierteljährlich erscheinende GfP-Mitteilungsblatt „Das Freie Forum“ heraus.

Die Exilregierung Deutsches Reich veranstaltet monatlich bundesweit sogenannte Bürgertreffen und Präsidiumstreffen, an denen regelmäßig rund 50 Personen teilnehmen. Ferner gibt sie „Reichsdokumente“ wie Reichspersonenausweise, Reichsführerscheine und Reichsreisepässe aus.

Das Freundschafts- und Hilfswerk Ost e. V. führt in einer Gaststätte im Landkreis Uelzen regelmäßig Vorstands- und Beiratssitzungen durch. Des Weiteren werden Treffen wie Frühlings- und Sommerfeste veranstaltet.

Die Gruppierung „Freistaat Preußen“ führt regelmäßige Treffen in wechselnden Gaststätten in Hannover durch und gibt die Publikation „Stimme des Volkes“ heraus. Des Weiteren ist man an der Herausgabe der Druckschrift „Volk in Bewegung - Der Reichsbote“ beteiligt.

Das Zentralsekretariat der Europäischen Aktion befindet sich in der Schweiz, die Informationsstelle für Norddeutschland in Verden. In Niedersachsen ist die Europäische Aktion durch Plakatierungsaktionen aufgefallen.

Zu 45:

Dem Niedersächsischen Verfassungsschutz liegen die nachfolgenden Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor:

Die GfP ist eine rechtsextremistische Vereinigung, der vor allem Verleger, Redakteure, Schriftsteller und Buchhändler angehören. Dies bedeutet auch, dass sie organisationsübergreifend tätig ist und somit über Kontakte zu rechtsextremistischen Parteien wie z. B. der NPD und anderen Personenzusammenschlüssen verfügt. Darüber hinaus bestehen internationale Verbindungen.

Die Exilregierung Deutsches Reich pflegt keine Kontakte zu anderen rechtsextremistischen Organisationen.

Das Freundschafts- und Hilfswerk Ost e. V. ist im Jahr 2006 dem Verein Gedächtnisstätte e. V. beigetreten.

Die Europäische Aktion ist organisationsübergreifend tätig. Der Leiter der Europäischen Tagatzung und der Landesleiter Deutschland haben in der Vergangenheit an diversen rechtsextremistischen Veranstaltungen, u. a. der NPD, der JN sowie einem Lesertreffen der Publikationen „Volk in

Bewegung - Der Reichsbote“ (ViB)/„Stimme des Reiches“ (SdR), teilgenommen und für ihre Organisation geworben. Darüber hinaus sind der Landesleiter Deutschland und der „Reichskanzler“ der Gruppierung „Freistaat Preußen“ identisch.

Zu 46:

Sofern Organisationen, Vereine und Gruppierungen des rechtsextremistischen Spektrums die Voraussetzungen nach § 2 des Vereinsgesetzes erfüllen, können diese auch Gegenstand vereinsrechtlicher Maßnahmen sein. Im Übrigen siehe Antwort zu Frage 33.

Zu 47:

Es wird verwiesen auf die Antwort in der Anlage 51 des Protokolls der 124. Plenarsitzung vom 09.12.2011.

Über die dort genannten Waffenfunde hinaus, wurde im Kriminalpolizeilichen Meldedienst der politisch motivierten Kriminalität (KPMD-PMK), im „Phänomenbereich - Rechts“, die nachfolgende Straftat registriert, bei der ein Verstoß gegen das Waffengesetz vorlag (Stand: 11.01.2012):

Datum	Ort	Anzahl und Waffenart
09.12.2011	Moisburg	1 Pistole, 2 Armbrüste, 1 PTB Waffe, 3 Langwaffen

Zu 48:

In den Jahren 2007 bis 2011 erfolgten Waffenfunde bei Angehörigen der

- Skinhead-Szene,
- NPD,
- JN,
- „Anti-Antifa“,
- Freien Kräfte Hannover/Besseres Hannover,
- Autonomen Nationalisten Ostfriesland,
- Autonomen Nationalisten Nord-West,
- HNG (Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.),
- Rechtsextremistischen Szene Hermannsburg,
- Kameradschaften Buchholz, Snevern Jungs, BfZ Wolfsburg, Northeim, Bad Lauterberg, 73 Celle.

Zu 49:

Straftaten der politisch motivierten Kriminalität werden als Gewalttaten im Sinne der Fragestellung im KPMD-PMK erfasst, sofern die Delikte eine besondere Gewaltbereitschaft der Straftäter erkennen lassen. Zu diesen Gewaltdelikten zählen:

- Tötungsdelikte,
- Körperverletzungen,
- Brand- und Sprengstoffdelikte,
- Landfriedensbruch,
- Gefährliche Eingriffe in den Schiffs-, Luft-, Bahn- und Straßenverkehr,
- Freiheitsberaubung,
- Raub,
- Erpressung,
- Widerstandsdelikte,
- Sexualdelikte.

Eine Recherche nach dem Suchbegriff „Überfälle“ ist im KPMD-PMK nicht möglich.

Bei insgesamt sieben im KPMD-PMK verzeichneten Gewaltdelikten, bei denen auch ein Verstoß gegen das Waffengesetz vorlag, kamen Waffen zum Einsatz. Dabei handelte es sich um vier Schreckschusspistolen, ein Messer, eine Softairwaffe und ein Tierabwehrspray.

Zu 50:

Die Niedersächsische Landesregierung hat bereits mehrfach im Rahmen der Beantwortung parlamentarischer Anfragen erklärt, dass Waffenfunde bei Rechtsextremisten die bundesweit gültige Einschätzung belegen, dass in der gesamten rechtsextremistischen Szene eine deutliche Affinität zu Waffen feststellbar ist. Die Landesregierung hat dabei auch wiederholt ausgeführt, dass Waffen von Angehörigen der rechtsextremistischen Szene als Tatmittel und zur Bedrohung genutzt wurden sowie als „Statussymbol“ angesehen werden.

Zu 51:

Für die Bewertung rechtsextremistischer Tendenzen in der Bevölkerung werden von den niedersächsischen Sicherheitsbehörden auch themenbezogene Studien von Stiftungen oder universitären Instituten ausgewertet. Exemplarisch zu nennen sind in diesem Zusammenhang die diversen sozialwissenschaftlichen Untersuchungen des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld und die Studien des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) zu nennen.

Weiterhin existieren zu dieser Thematik eine Reihe von informierenden und aufklärenden Veröffentlichungen, die sich entweder auf einzelne Regionen Niedersachsens beschränken oder sich in Teilen auf Regionen in Niedersachsen beziehen, sowie daraus abgeleitete Arbeitsmaterialien. Diese Veröffentlichungen sind zumeist entweder journalistisch geprägt und/oder von Fachstellen (z. B. die Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt in Braunschweig) herausgegeben worden.

Die Landesregierung zieht aus diesen öffentlich zugänglichen Publikationen wichtige Erkenntnisse über die Ursachen und die Verbreitung rechtsextremistischer Einstellungen. Darüber hinaus bilden sie eine Grundlage für die Planungen und Schwerpunkte der Präventionsarbeit.

Zu 52:

Die seit 2007 durch die Niedersächsische Landeskoordinierungsstelle im Landespräventionsrat durchgeführten Beratungsfälle lassen erkennen, dass insbesondere junge Menschen zwischen etwa 13 und 25 Jahren dem Einfluss neonazistischer Gedankenguts ausgesetzt sind. Betroffen sind sowohl Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studentinnen und Studenten, als auch Mitglieder in Dorf- und Stadtteilcliquen sowie Vereins- und Verbandsangehörige. Insbesondere in den letzten Jahren sind Mädchen und Frauen als Zielgruppe in den Fokus der Rechtsextremisten gerückt. Ursächlich für die Auswahl der Zielgruppe waren die jeweils aktuellen Strategien oder besondere (Image-)Kampagnen der Rechtsextremisten sowie anstehende Kommunal- und Landtagswahlen.

Diese Einschätzung deckt sich mit den Erkenntnissen des Niedersächsischen Verfassungsschutzes.

Zu 53:

Den niedersächsischen Sicherheitsbehörden liegen keine Hinweise darüber vor, dass sich in Niedersachsen Gebiete im Sinne der Fragestellung entwickelt haben.

Zu 54:

Seit einer Reihe von Jahren versuchen Rechtsextremisten auch in Niedersachsen Immobilien zu erwerben, die geeignet sind, Schulungen und Veranstaltungen durchzuführen und die als örtliche Treffpunkte oder Anlaufstellen dienen können.

Aus diesem Grund hat das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport im Jahr 2004 einen Beauftragten für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund bestellt. Die Tätigkeit des Beauftragten ist seit 2007 eingebunden in das Beratungskonzept des Niedersächsischen Verfassungsschutzes zur „Förderung von Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus in den Kommunen“. Der Beauftragte wird seit 2009 im Rahmen der Niedersächsischen Extremismus-Informations-Stelle (NEIS) tätig.

Bis zu seinem Tod am 29.10.2009 standen insbesondere die Immobiliengeschäfte des rechts-extremistischen Aktivisten, Rechtsanwalts und NPD-Bundesvorstandsmitglieds Jürgen Rieger aus Hamburg im Mittelpunkt. So konnte z. B. im Jahr 2007 aufgrund der Beratung der betroffenen Kommune und der Koordinierung der Aktivitäten der beteiligten Behörden durch den Beauftragten für Immobiliengeschäfte, der Erwerb des alten Bahnhofsgebäudes in Melle abgewendet werden. Rieger wollte in diesem Gebäude ein Schulungszentrum für NPD-Mitglieder einrichten. Zudem wurde im Fall des Heisenhofes in Dörverden durch eine enge Zusammenarbeit des Beauftragten für Immobiliengeschäfte mit den örtlichen Behörden eine Nutzung der Immobilie - nach einer entsprechenden Entscheidung durch das OVG Lüneburg vom 15.04.2011 nunmehr endgültig - verhindert.

Zwar hat sich in Ermangelung einer vergleichbaren führungs- und finanzstarken Person, welche die Immobiliengeschäfte in seinem Sinne weiterführen könnte, die Situation auf dem Gebiet rechtsextremistischer Immobiliengeschäfte entspannt. Dennoch ist davon auszugehen, dass Rechtsextremisten weiterhin Interesse haben, insbesondere Immobilien im ländlichen Raum zu erwerben.

Der Beauftragte für Immobiliengeschäfte mit rechtsextremistischem Hintergrund steht den Kommunen, aber auch anderen Institutionen, wie etwa Wohlfahrtsverbänden, weiterhin beratend zur Seite. Im Jahr 2011 wurden mehrere Verdachtsfälle gemeldet, denen der Beauftragte nachgegangen ist. In sämtlichen Fällen konnte der Verdacht eines Immobiliengeschäftes mit rechtsextremistischem Hintergrund nach Erstellung und Bewertung eines Lagebildes und in Zusammenarbeit mit weiteren Behörden ausgeräumt werden. Die Kontaktaufnahme erfolgte vielfach bereits zu einem Zeitpunkt, zu dem lediglich vage Anhaltspunkte für ein mögliches Interesse von Rechtsextremisten am Erwerb einer Immobilie vorlagen. Dieser Umstand zeigt die hohe Akzeptanz des Beauftragten, der seit Jahren für eine frühe Beteiligung wirbt, um einem drohenden Immobilienerwerb mit rechtsextremistischem Hintergrund wirksam entgegenzutreten zu können.

Zu 55:

Den niedersächsischen Sicherheitsbehörden liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Innerhalb der rechtsextremistischen Szene besteht jedoch die Erwartung, dass Einnahmen aus wirtschaftlichen Unternehmungen zumindest zu einem Teil für die Refinanzierung der Szeneaktivitäten eingesetzt werden.

Zu 56:

Hierzu wird auf die Antwort in der Landtagsdrucksache 16/2395 (Frage 11) verwiesen.

Zu 57:

Dem Verfassungsschutz liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

Zu 58:

Dem Verfassungsschutz liegen keine Erkenntnisse über strategische Überlegungen der neonazistischen Szene im Sinne der Fragestellung vor.

Zu 59:

Dem Verfassungsschutz liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

Zu 60:

In Niedersachsen sind derzeit die rechtsextremistischen Vertriebe Adler-Versand (Diekholzen), Der Versand (Bovenden), Hatecore Lüneburg (Lüneburg), Max H8 (Cremlingen), Multiplex Musica (Hannover), Ragnarök Shop/ Pit's American Dreamstore 13 (Seesen), Streetwear Tostedt (Tostedt), zu dem der Vertrieb Nordic Flame gehört, Das Zeughaus (Lingen/Ems), der Onlineshop der Burschenschaft Thormanica (Braunschweig) sowie der Vertrieb Old Honour New Hatred Records (Salzgitter) ansässig. Diese Vertriebe spielen in der rechtsextremistischen Szene eine eher untergeordnete Rolle, weil sie Produktionen weniger namhafter Musikbands bzw. keine Musikprodukte vertreiben und deshalb einen geringen Umsatz erzielen.

I. Neonazistische Parteien, rechtspopulistische Parteien, parteinahe Jugendorganisationen und andere parteinahe Organisationen in Niedersachsen
zu Frage 6

Finanzierung der rechtsextremistischen Parteien in Niedersachsen (nach den veröffentlichten Rechenschaftsberichten):

Nationaldemokratische Partei Deutschlands:

	1	2	3	4	5	6	7	8	9
	Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge	Spenden von natürlichen Personen	Spenden von juristischen Personen	Einnahmen aus Vermögen	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften, Veröffentlichungen u. sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	Staatliche Mittel	Sonstige Einnahmen	Zuschüsse von Gliederungen	Gesamteinnahmen (Spalten 1 bis 8)
	(€)	(€)	(€)	(€)	(€)	(€)	(€)	(€)	(€)
2000 ¹⁾	12.829,80	75.032,32	0	40,89	3.010,96	0	10.447,58	5.125,85	106.487,39 ²⁾
2001 ¹⁾	19.287,06	62.639,01	0	293,56	10.150,62	0	13.340,64	14.360,22	120.071,11
2002	23.373,99	65.258,20	0	363,54	3.957,23	0	293,06	5.279,56	98.525,58
2003	23.196,98	70.588,72	0	178,04	1.371,10	0	106,83	2.302,86	97.744,53
2004	22.005,14	72.075,06	0	202,51	4.114,75	4.887,50	0	5.425,76	108.710,72
2005	31.831,76	78.907,42	0	380,17	7.218,43	8.504,00	24,00	958,33	127.824,11
2006	29.709,36	75.089,80	20,00	355,06	7.175,50	17.550,00	0	6.769,51	136.669,23
2007 ³⁾	27.388,63	111.601,48	0	326,57	2.444,15	0	21,71	11.478,58	153.261,12
2007 ⁴⁾	27.388,63	111.601,48	0	326,57	2.444,15	29.666,00	21,71	11.478,58	182.927,12
2008	26.760,07	62.309,48	0	114,09	2.395,37	36.398,00	6.543,90	4.506,49	139.027,40
2009	22.054,14	51.906,02	0	50,24	1.731,38	63.922,00	668,18	3.189,93	143.521,89
2010	24.821,80	50.042,44	0	69,78	872,18	38.568,00	437,15	4066,82	118.878,17

1) Beträge von DM in EURO umgerechnet

2) Rundungsdifferenz durch Umrechnung in EURO

3) Ursprünglicher Rechenschaftsbericht der NPD für das Jahr 2007 (BT-Drs. 16/12551 v. 02.04.2009)

4) Korrigierter Rechenschaftsbericht der NPD für das Jahr 2007 wurde nachgereicht (BT-Drs. 17/870 v. 01.03.2010)

DEUTSCHE VOLKSUNION:

	1	2	3	4	5	6	7	8	9
	Mitgliedsbeiträge und ähnliche regelmäßige Beiträge (€)	Spenden von natürlichen Personen (€)	Spenden von juristischen Personen (€)	Einnahmen aus Vermögen (€)	Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften, Veröffentlichungen u. sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit (€)	Staatliche Mittel (€)	Sonstige Einnahmen (€)	Zuschüsse von Gliederungen (€)	Gesamteinnahmen (Spalten 1 bis 8) (€)
2000 ¹⁾	0	4.018,18	0	0	0	0	0	7.395,53	11.413,71
2001 ¹⁾	0	2.745,91	0	0	0	0	0	5.786,82	8.532,73
2002	0	1.045,93	0	0	0	0	0	607,74	1.653,67
2003	0	1.325,47	0	0	0	0	0	4.814,03	6.139,50
2004	0	2.324,00	0	0	0	0	0	1.028,61	3.352,61
2005	0	2.051,85	0	0	0	0	0	4.080,75	6.132,60
2006	0	1.910,17	0	0,68	0	0	0	0	1.910,85
2007	0	2.369,73	0	0,84	0	0	0	10.049,34	12.419,91
2008	0	2.165,46	0	0,84	0	0	0	1.955,00	4.121,30
2009	0	1.444,87	0	0,47	0	0	0	1.125,29	2.570,63
2010 ²⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-

1) Beträge von DM in EURO umgerechnet

2) Für das Jahr 2010 ist kein Rechenschaftsbericht veröffentlicht